



Newsletter vom 7. 7. 2019

Inhalt

Immer wieder: Eine gute Volksschule für unsere Jugend!.....	2
5.7.2019 Marianne Wüthrich	2
Was ist los mit unserem Geschichtsunterricht?	3
NZZ 2.7.2019, Schweiz, von Hanspeter Amstutz, Originalversion mit ursprünglichen Titeln	3
Wenn Individuum und System in Konflikt kommen.....	6
Journal21, 27.6.2019, von Carl Bossard	6
«An den Schulen lebt der Filz»	8
Tages-Anzeiger 27.6.2019, Zuschriften.....	8
Wenn Lehrer den Schulen davonlaufen	9
St. Galler Tagblatt 5.7.2019, Ansichten, von Mario Andreotti	9
Notlösungen an den Schulen.....	10
NZZ am Sonntag 30.6.2019, René Donzé	10
Vor den Ferien noch zum Psychiater	11
Tages-Anzeiger 29.6.2019, Zürich, Liliane Minor	11
Diversifizierung des Bildungswesens	14
Tages-Anzeiger 4.7.2019, Debatte, Leserbriefe zu «vor den Ferien noch zum Psychiater», TA vom 29.6.	14
Die mentale Uniformierung	14
NZZ 5.7.2019, Zuschriften	14
Ins Gymnasium – auf Biegen und Brechen.....	15
Tagblatt der Stadt Zürich, 3.7.2019, Aktuell, von Sacha Beuth.....	15
Lehrer wollen die Gymnasien entschlacken.....	16
NZZ am Sonntag 23.6.2019, Schweiz, René Donzé	16



Immer wieder: Eine gute Volksschule für unsere Jugend!

5.7.2019 Marianne Wüthrich

Erfreulicher- und verdienterweise wurde die kritische Betrachtung unseres Redaktionsmitglieds Hanspeter Amstutz über den Sinn und Zweck des Geschichtsunterrichts und über dessen gravierende Mängel in der heutigen Volksschule in der NZZ publiziert. Am Fach Geschichte lässt sich die Untauglichkeit des kompetenzorientierten und vereinzelt den Lehrplan 21 besonders plastisch aufzeigen. Das Verständnis für die historischen Zusammenhänge können Jugendliche nun einmal nicht mit selbsterarbeiteten Faktenchecks zu einzelnen Ereignissen erwerben. Dazu ist unabdingbar eine Lehrerin vonnöten, die ihre Schar im Klassengespräch für Geschichte und deren Bezug zur Gegenwart zu begeistern vermag und mit ihren Schülern zusammen den soliden Aufbau der Basiskenntnisse Schritt für Schritt erarbeitet.

Ebenfalls begrüssenswert ist, dass immer mehr Lehrer an ihren erprobten Lehrmethoden festhalten und sich weigern, ihre Tätigkeit aufs Coachen, auf die Produktion von Arbeitsblättern, das Ausfüllen von Beobachtungsrastern und die Organisation von Computertests zu beschränken. Weniger erquicklich sind die sich häufenden Konflikte zwischen einzelnen Lehrern – die ihren Klassen etwas beibringen wollen und auf ihrer Methodenfreiheit bestehen – und ihren Schulleitungen. Inzwischen begegnen uns solche Vorfälle fast täglich in den Medien. «Wenn Individuum und System in Konflikt geraten und aufeinanderprallen, siegt im Regelfall das System. Und die Aufsichtskommissionen stehen meist auf der Seite des Systems.» So beschreibt Carl Bossard die rauhe Wirklichkeit treffend.

Leidtragende sind die Schülerinnen und Schüler. Denn die besten Pädagogen verlassen ihre Stellen oder werden entlassen, und guter Ersatz ist nicht in Sicht (siehe «Notlösungen an den Schulen»). Es ist mehr als scheinheilig, wenn der Schaffhauser Erziehungsdirektor Christian Amsler – der als Präsident der d-EDK mit saloppen Sprüchen den Paradigmenwechsel des Lehrplan 21 herunterzuspielen versucht hat – heute verkündet, es werde «alles unternommen, dass der den Schülerinnen und Schülern gesetzlich zugesicherte Unterricht auch stattfinden kann». «Stattdessen» ja, aber in welcher Qualität? Herr Amsler steht persönlich in der Pflicht, und mit ihm die gesammelten «Experten», welche den Niedergang unserer Volksschule zu verantworten haben.

Alles Jammern über den grassierenden Lehrermangel nützt nichts, denn: «Wer will unter solchen, nicht kindgerechten Voraussetzungen noch Lehrer sein? Und wie sollen Lehrer als souveräne Persönlichkeiten unterrichten können, wenn sie immer mehr am Gängelband selbstherrlicher Schulleiter und weltfremder Bürokraten tanzen müssen?» Diese Frage stellt Mario Andreotti und diese Frage stellen immer mehr alarmierte Eltern, Lehrer und besorgte Bürger. Die unter Druck und Zwang gesetzten Lehrerinnen und Lehrer sollten sich energischer wehren, meint Hans-Peter Köhli, der sich mit seinen engagierten und treffenden Leserbriefen wieder und wieder zu Wort meldet. Und sein Kollege Bruno Pfister hat grösstes Verständnis für Eltern, die ihre Kinder lieber ins Gymi oder in eine Privatschule schicken wollen, um ihnen die «heruntergefahrte Volksschul-Oberstufe» zu ersparen.

Dass eine Berufslehre in unserem (noch) guten dualen Bildungssystem einen ebenso sinnvollen Weg ermöglicht wie die Matura, ist zwar unbedingt richtig. Aber: Auch für eine Lehre werden die notwendigen Grundlagen in der Volksschule je länger, je weniger gelegt, wie viele Auszubildende in den Betrieben klagen.

So weit haben wir es gebracht! Wo sind die berechtigten Forderungen der protestierenden Jugend früherer Zeiten geblieben? Für Chancengleichheit für alle Kinder und gegen



autoritäre Erzieher sind sie angetreten. Und heute? In den Inklusionsschulen und den altersdurchmischten Grossraum-Schulzimmern gibt es trotz aller schönen Worte keine Chancengleichheit, sondern nur noch «Chancengerechtigkeit»: Wer sich trotz SOL nach oben zu strampeln vermag, hat seine Chance gepackt, der Rest ist selbst schuld, so lautet die auf reines Kosten-Nutzen-Denken ausgerichtete konstruktivistische Theorie hinter den heutigen Schulreformen, wenn man sie von allem Flitterzeug reinigt. Wer Eltern hat, die ihr Kind da herausholen, hat Glück gehabt. Chancengleichheit sieht anders aus. Und autoritär sind heute nicht mehr die Eltern und Lehrer, sondern die Mehrzahl der Schulleitungen und Bildungsdirektionen. Lesen Sie dazu den beklemmenden Leserbrief von Urs Willi zur «mentalen Uniformierung».

Niemand von uns wünscht unserer Jugend eine solche Volksschule. Der Verein «Starke Volksschule Zürich» fordert wieder eine Schulbildung, die diesen Namen verdient. Klassenunterricht statt Vereinzelung, einen strukturierten Aufbau des Lernstoffes statt da ein Häppchen und dort ein Filmchen, Kleinklassen, wo Kinder mit besonderen Bedürfnissen zum Lernerfolg kommen können, und vieles mehr.

Wir freuen uns über jede Leserin und jeden Leser, die mit dabei sind!

Wir melden uns wieder Mitte August und wünschen Ihnen erholsame Sommerferien.

Marianne Wüthrich

Was ist los mit unserem Geschichtsunterricht?

NZZ 2.7.2019, Schweiz, von Hanspeter Amstutz, Originalversion mit ursprünglichen Titeln

Haben Sie lebendige Erinnerungen an Ihren Geschichtsunterricht in der Volksschule? Wenn ja, dann dürften packende Erzählungen und anregende Klassengespräche wohl eine wichtige Rolle gespielt haben. Wenn nein, dann besuchten Sie vermutlich bei einem Langweiler den Geschichtsunterricht.

Nur noch ein Restprogramm eines geschichtlichen Basiswissens

Wenn man auf die aktuelle Situation des Geschichtsunterrichts blickt, so stellt man fest, dass das Fach in den letzten Jahren stark an den Rand gedrängt wurde. Die Lektionenzahl wurde teils bis auf eine Wochenlektion reduziert und das Fach selber ist versteckt in einem Konglomerat aus mehreren Fächern. Die meisten Lehrpersonen beklagen sich zu Recht, dass für einen vernünftigen stofflichen Aufbau schlichtweg die Zeit fehle. Der zweite Grund für eine Distanzierung vieler Lehrpersonen gegenüber dem Fach ist eine tiefe Verunsicherung, die durch grundlegend neue Ansätze in der Geschichtsdidaktik ausgelöst wurde. Dabei bleibt die wichtige Frage, wieweit geschichtliche Inhalte noch verbindlich sind und welche Rolle der erzählerischen Gestaltungskraft der Lehrperson zukommt, trotz verschiedener Hinweise im neuen Lehrplan weiterhin in der Schwebe.

Die Abwertung des Geschichtsunterrichts durch fehlende Zeitgefässe bei gleichzeitiger Austauschbarkeit wesentlicher Inhalte ist offensichtlich. Da es von der Zielsetzung des neuen Lehrplans her primär auf das Vermitteln von geschichtlich relevanten Kompetenzen geht, glaubt man, durch kluges Auswählen aus einer Vielfalt von Inhalten den Mangel des seriösen Aufbaus kompensieren zu können. Die Lehrpersonen sind bei diesem unübersichtlichen Selbstbedienungsbuffet nicht zu beneiden. Wie sollen denn die Schüler eine Kontinuität geschichtlicher Abläufe erkennen, wenn zu viel zusammengestrichen werden muss? Eine Geschichtsdidaktik, die glaubt, auf einen Grossteil geschichtlichen Grundwissens verzichten zu können, wird beim Vermitteln der Kompetenzen so immer wieder



mit unvermeidlichen Lücken zu kämpfen haben.

Wenig beliebte Schweizer Geschichte

In der Sekundarschule benötigt man bei schülergerechtem Lerntempo für eine nur in exemplarischen Schwerpunktthemen vermittelte Geschichte Europas von den Entdeckungen im 15. Jahrhundert bis zur aktuellen Globalisierung rund zwei Wochenlektionen während dreier Jahre. Es erstaunt deshalb nicht, dass Themen aus der Schweizer Geschichte am ehesten vernachlässigt werden, da sie als besonders heikel gelten. Kritisch denkende Lehrkräfte möchten sich nicht unnötig dem Stallgeruch eines selbstgefälligen Nationalstolzes aussetzen. Viele Lehrpersonen beschränken sich in der Schweizer Geschichte deshalb auf Kapitel, die ihnen gerade naheliegen oder machen gar einen Bogen um wesentliche historische Epochen. Doch diese Haltung darf keine Entschuldigung dafür sein, unserer Jugend das Werden der modernen Schweiz vorzuenthalten.

Akademisch konzipierte Geschichtsdidaktik

Die Stoffauswahl ist das eine, das lebendige Vermitteln historischen Geschehens das andere. In der Geschichtsdidaktik wird den Lehrpersonen nahegelegt, geschichtliche Erzählungen als Ergänzungen zu sehen und den Schülern einen breiten Zugang zur Vergangenheit durch die Auseinandersetzung mit geschichtlichen Quellentexten zu öffnen. Die neue Geschichtsdidaktik geht oft von einem reichen Vorwissen aus, das nicht vorhanden ist und neigt zu akademischen Fragestellungen, die viele überfordern.

Wer mit Lehrerinnen und Lehrern spricht, stellt fest, dass ein weitgehender Verzicht auf direkte Instruktion zugunsten von Erkenntnissen aus selbsterarbeiteten Lernprogrammen zeitraubend und für viele Jugendliche zu wenig motivierend ist.

Die Geprellten bei dieser umstrittenen Konzeption des Geschichtsunterrichts sind unsere Schülerinnen und Schüler. Ihr Hunger nach anschaulichen Schilderungen lässt sich kaum mit individualisierten Aufträgen zu seitenlangen Dokumenten und Serien von Arbeitsblättern ausreichend stillen.

Ermutigung zum spannenden Erzählen

Der neue Trend in der Fachdidaktik hat seinen Preis. Statt angehende Lehrpersonen in faktenorientierter Erzählkunst zu fördern und zu ermutigen, setzt man in erster Linie auf anspruchsvolle Konzepte zur Selbsttätigkeit der Schüler. Nichts gegen neue Wege mit optimalen Zugängen zum altersgerechten Forschen, aber die Förderung des entdeckenden Lernens darf nicht mit einem Abbau des narrativen Unterrichts erkaufte werden.

Die Vorbereitung einer narrativen Lektionsreihe mit einer didaktisch aufbereiteten Fortsetzungsgeschichte für einen dialogischen Unterricht ist aufwändig. Die meisten Lehrpersonen wären deshalb froh um kommentierte Folienfolgen für bildgestütztes Erzählen und prägnante Hintergrundinformationen zum gewählten Thema. Da sich die Fachdidaktik dafür aber nur begrenzt zuständig sieht, muss man sich nicht wundern, wenn viele Lehrpersonen sich ein erfolgreiches Einarbeiten in die Erzählkunst gar nicht mehr zutrauen.

Lebendiger Geschichtsunterricht ist sprachbildend

Doch der Aufwand würde sich vielfältig lohnen. Lebendiger Geschichtsunterricht ist sprachbildend, sofern dem Erzählerischen wirklich Raum gegeben wird. Kinder und Jugendliche sind voll aufnahmefähig, wenn sie während farbiger Schilderungen ein Sprachbad im dramatischen Geschehen nehmen können. In narrativen Geschichtslektionen entstehen innere Bilder und Vorstellungen von prägender Kraft, welche die Basis für solide Analysen bilden. Daraus entwickeln sich als erwünschte Nebenwirkungen geschichtliche Kompetenzen und eine nicht zu unterschätzende Ausweitung des



sprachlichen Horizonts.

Schweizer Geschichte im europäischen Kontext sehen

Kaum eine kultivierte Nation würde es akzeptieren, wenn die landeseigene Geschichte im Unterricht hintenangestellt würde. Doch wir schaffen das. Viele Lehrpersonen gehen davon aus, dass die neuere Schweizer Geschichte nicht viel Aufregendes zu bieten habe, wenn man abseits der bekannten Mythen kritisch darüber berichte. Doch diese Befürchtung ist fehl am Platz. Die neuere Schweizer Geschichte ist eine Fundgrube für spannende und erhellende Auseinandersetzungen. Wenn relevante Themen geschickt vor dem Hintergrund des europäischen Donnerrollens geschildert werden, erkennen die Schüler meist die grossen Zusammenhänge von Entwicklungen und gleichzeitig die Besonderheiten des Schweizer Wegs.

Reicher Stoff für narratives Gestalten

Das Eintauchen ins historische Geschehen gelingt am besten, wenn Lehrpersonen die Fähigkeit entwickelt haben, im Lektionskonzept Spannungslinien aufzubauen und die dramatischen Verstrickungen wieder aufzulösen. Die Schüler merken bald, dass unsere Historie keine verstaubte Angelegenheit ist. Doch es gilt, die richtigen Themen auszuwählen. Der Landesstreik liegt schon gut hundert Jahre Zeit zurück. Aber die Dramatik des scharfen Gegensatzes zwischen dem aufgeschreckten Bürgertum und der wütenden Arbeiterschaft ist ein Stoff, aus dem sich Geschichte gestalten lässt. Die sich überschlagenden Ereignisse vom November 1918 und die nachfolgenden Jahre sind Musterbeispiele für historisches Geschehen, welches letztlich grosse gesellschaftliche Veränderungen in unserem Land ausgelöst hat.

Faktenorientierte Erzählkunst fördert Urteilskraft

Schweizer Geschichtsunterricht soll auch Verständnis für den Zeitgeist einer Epoche schaffen. Dieser kann durchaus von den Wertvorstellungen unserer Tage abweichen und etwas irritieren. Die Zeit des Zweiten Weltkriegs bietet attraktiven Stoff, um die Situation eines Kleinstaats im Ring feindlicher Grossmächte schildern zu können. Die Abgrenzung gegenüber dem Nazitum, der Wille unserer Bevölkerung zum Überleben und die Reduit-Strategie von General Guisan stossen bei Jugendlichen auf grosses Interesse. Unverantwortlich wäre es hingegen, wenn kritische Fragen zur restriktiven Flüchtlingspolitik oder zu unserer wirtschaftlichen Abhängigkeit von den Achsenmächten ausgeklammert würden. Die Jugendlichen haben ein Recht darauf, auch die unschönen Seiten unserer Vergangenheit kennen zu lernen. Meist entstehen gehaltvolle Klassengespräche mit differenzierten Urteilen, wenn Licht und Schatten menschlichen Verhaltens in schweren Zeiten faktengetreu zur Sprache gekommen sind.

Über Meilensteine unserer jüngsten Geschichte im Bild sein

In vielen Klassen wird die neue Schweizer Geschichte spätestens mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs abgeschlossen. Doch die Zeit nach 1945 ist für eine Reihe politischer Weichenstellungen von grosser Bedeutung. Je näher wir ans 21. Jahrhundert kommen, desto deutlicher ist der Atem der aktuellen Politik zu spüren. Zudem bestehen mehr Möglichkeiten, um die Wirklichkeit der Geschichte erlebbar zu machen. Zeitzeugen können befragt werden und ausgewählte Film- und Tondokumente helfen mit, den Unterricht zu bereichern. Es gehört zum Basiswissen, dass die Schüler am Ende der Oberstufe über den Kampf ums Frauenstimmrecht sowie generell über unsere Grundstimmung während des Kalten Krieges im Bild sind. Aber all das Wissen bekommt erst seinen Wert, wenn dahinter lebendige Bilder und wesentliche historische Erkenntnisse stehen.

Eine lebendige Demokratie setzt voraus, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über ein solides geschichtliches Grundlagenwissen verfügen. Dieses wird für die meisten



weitgehend abschliessend in der Volksschule vermittelt. Wenn unserer Jugend ein magerer Geschichtsunterricht vorgesetzt wird, darf uns das nicht länger egal sein.

Hanspeter Amstutz ist pensionierter Sekundarlehrer und ehemaliger Kantons- und Bildungsrat des Kantons Zürich (evp.).

Wenn Individuum und System in Konflikt kommen

Journal21, 27.6.2019, von Carl Bossard

Kämpfe zwischen Schulleitung und Lehrpersonen häufen sich. Massive Direktiven von oben stossen auf pädagogische Praxis unten. Schulleitungen bleiben, Lehrer kündigen; Leidtragende sind die Schüler.

Die Muster gleichen sich: Neue Schulleitungen kommen und mit ihnen neue Konzepte. Angekündigt sind grosse Reformen. Das Bisherige interessiert wenig; eine klare Analyse der Situation vor Ort fehlt meist, ebenso eine fundierte empirische Datenbasis. Schulpräsidien und Aufsichtskommissionen lassen sich nicht selten von schönen Innovationsworten und Changemanagement-Vokabeln blenden und ziehen mit. So geschehen in der Thurgauer Schulgemeinde Wigoltingen, so passiert an manch andern Orten der Schweiz. „Verwerfungen an Schulen häufen sich auffällig – von der Volksschule bis zur Hochschule. Mittendrin finden sich jeweils die Schulleitungen und Rektorate“, schrieb die NZZ vor kurzem.¹

Pädagogisch-didaktische Einseitigkeiten

Auch wenn die aktuellen Konflikte unterschiedliche Hintergründe haben, scheint den verschiedenen Geschehenskomplexen eines gemeinsam: Im subtilen Gleichgewicht schulischen Lehrens und Lernens wurden Einseitigkeiten favorisiert und „durchgeboxt“. Das dynamische Dreieck zwischen Strategie (Was wollen wir gemeinsam erreichen?), Kultur (Wer sind wir als Schulteam?) und Struktur (Wie machen wir's als Lehrerkollegium?) geriet so aus der Balance.

Es kam zu Konflikten mit unüberbrückbaren Fronten. Gesiegt hat in allen aktuellen Fällen das System mit dem Rektorat und den Aufsichtskommissionen. Die Schulleitung behielt ihr Amt, Lehrpersonen gingen; zurück blieben Scherben. Leidtragende sind Kinder und Jugendliche. Ihretwegen aber wagten verschiedene Lehrpersonen den Widerstand.

Vermischung von strategischer und operativer Ebene

Nationales Echo löste der Fall an der Sekundarschule im thurgauischen Wigoltingen aus. Zwei neue Leiter übernahmen auf Anfang des Unterrichtsjahres 2018/19 das Regiepult der Volksschulgemeinde. Beide kamen aus privatwirtschaftlich geführten Schulen. Ihre erste Handlung: Was existierte und funktionierte, wurde sofort als reformbedürftig problematisiert. Das schuf vordergründigen Reformbedarf und einen Innovationsdruck.

Mit an Bord waren die Schulbehörden und ihre Präsidentin Nathalie Wasserfallen. Die strategischen Vorgesetzten verbündeten sich mit den beiden operativ Verantwortlichen. Das erwies sich als problematisch. Eine spätere Distanz war kaum mehr möglich. Dazu zeigte sich eine völlige Indifferenz der politischen Ebene gegenüber widersprüchlichen, weil undurchdachten Zielsetzungen des Reformierens.

¹ Jörg Krummenacher: *An den Schulen lebt der Filz*, in: NZZ 23.06.2019, S. 14



Reformdiktat von oben

Sehr schnell wurde von oben her umgebaut und der Primarschulunterricht auf 2019/20 von bisherigen Jahrgangsklassen auf altersdurchmischtes Lernen AdL umgestellt – mit geplantem Weiterzug auf die Sekundarstufe. Der Arbeitsaufwand für Lehrpersonen ist gross, der Wirkwert auf Schülerseite dagegen gering, sozial wie kognitiv. Das zeigt die Forschung. Skeptischen Stimmen wurde der Weggang nahegelegt. „Wir haben eine Richtung und dann schauen wir, wer mitmachen will“, so die Schulleitung.² Die Lehrer seien nur ausführende Kraft; geführt werde die Schule wie ein KMU-Unternehmen – mit Weisungen von oben.³

„Bringe mir nichts bei!“

Letztlich ist es ein Methodenstreit um das autonome Arbeiten, der zum Zerwürfnis geführt hat. Die neue Schulleitung verlangte eine absolute Dominanz des selbstorganisierten Lernens SOL mit der Lehrperson als Lerncoach. Ein solcher Unterricht kündigt das pädagogische Grundverhältnis zwischen Lehrer und Schüler auf und macht Kinder zu isolierten Lernplanbewältigern. Diese Methode wird u. a. vom Ostschweizer Schulentwickler Peter Fratton mit seinem Credo „Lehrer, bringe mir nichts bei! Erkläre mir nicht!“ gepredigt. Ein krudes Verbot, letztlich ein Lehrverbot! Der neue Wigoltinger Schulleiter Mirko Spada verfolgt diese Spur konsequent, obwohl sie einem wissenschaftlichen Diskurs kaum standhalten dürfte.

Diesem unbedingten methodischen Imperativ widersprach auch die Professionsempirie langjähriger Pädagogen. Sie wiesen darauf hin, dass Lehrer eben mehr als nur Lernbegleiter wären und dass gutes Lernen ein pädagogisch-didaktisches Beziehungsgeschehen zwischen Menschen sei. Solche Lehrerinnen und Lehrer wissen, dass erfolgreicher Unterricht ein hohes Mass an themen- und sachbezogener Schüleraktivität mit einem hohen Mass an schülerorientierter Lehrersteuerung verbindet. Schule ist kein Entweder-Oder; guter und lernwirksamer Unterricht ist ein Sowohl-als-Auch.

Kampf zwischen Rektorat und Prorektorat

Auch das zweite Beispiel führt in den Kanton Thurgau. An der Pädagogischen Hochschule Thurgau in Kreuzlingen kam es zum Konflikt zwischen der Hochschul-Rektorin Priska Sieber als Repräsentantin des Systems und ihrem Prorektor Matthias Begemann. Ein klassischer Kampf zwischen Ordnung und Freiheit, zwischen der Präferenz für Regelungen bzw. Controlling auf Seiten der Rektorin und dem Wunsch nach Freiraum für neue Ideen und pädagogisches Wirken von Seiten des Prorektors. Die Rektorin setzte auf Verordnung, der Prorektor auf Freiheiten.

Klar ist, wer gewinnen musste: Wenn Individuum und System in Konflikt geraten und aufeinanderprallen, siegt im Regelfall das System. Und die Aufsichtskommissionen stehen meist auf der Seite des Systems. Sollte es einmal anders sein, nennt man diese Individuen „Helden“ oder, im tragischen Fall, „Märtyrer“. Prorektor Martin Begemann musste gehen.

Zwei Kräfte kann man nicht gleichzeitig maximieren

Für alle diese Fälle gilt: Niemand kann zwei Kräfte – im Fall Kreuzlingen ist es Freiheit auf der einen und Controlling auf der anderen Seite – gleichzeitig maximieren. Das geht nicht. Wer einen Strang wie jenen der Vorschriften maximiert, reduziert und minimiert den andern Vektor, jenen der Freiheit. Die Balance geht verloren. Schulisch positives Wirken resultiert stets aus der Dynamik eines Sowohl-als-Auch. Es ist die Resultante aus beiden

² Sabrina Bächli: *Mehr Niveau für die Schüler*, in: *St. Galler Tagblatt* 04.01.2019, S. 29

³ Dies.: *Wigoltinger Lehrer fordern Schulleiter zur Kündigung auf*, in: *St. Galler Tagblatt*, 05.04.2019



Kräften zugleich.

Einseitigkeiten sind verheerend

„Bildungspolitiker ignorieren die Erkenntnisse der Wissenschaft“, schrieb DIE ZEIT vor kurzem.⁴ Das gilt auch für die politische Ebene der Aufsichtskommissionen. Wie anders ist es zu erklären, dass so viele Schulbehörden schönen Schalmeien aufsitzen und Schulleitungen stützen, die ihre gewagten Theorien und inkonsistenten Konzepte gegen langjährige operative Praxiserfahrung durchdrücken? Die Schule Wigoltingen mit dem Narrativ des „autonomen Lernens“ ist kein Einzelfall. Leidtragende sind die Kinder. Sie aber haben ein Recht auf einen lernwirksamen Unterricht. Hier wird Widerstand zur moralischen Pflicht.

«An den Schulen lebt der Filz»

Tages-Anzeiger 27.6.2019, Zuschriften

Es war höchste Zeit, dass endlich eine renommierte Zeitung die Missstände aufgreift, welche sich an den Schulen ausgebreitet haben. Was wir hier in der NZZ (22. 6. 19) lesen, dürfte nur eine kleine Auswahl sein von dem, was alles landauf, landab passiert. Kurz gesagt: Man hat vielerorts Probleme mit den Schulleitungen, und oft ist dafür ausschlaggebend, dass unter Berufung auf den Lehrplan 21 versucht wird, die altbewährten Abläufe im Schulsystem radikal und in kürzester Zeit auf den Kopf zu stellen – aber leider über die Köpfe der Lehrerschaft hinweg. Diese sollte sich viel energischer wehren; einerseits als Schulhausbelegschaften und andererseits über die Berufsverbände. Der Vergleich des Redaktors Krummenacher mit dem konträren Geschehen bei Fussballtrainern ist äusserst treffend. Stimmt! Auch bei den Schulen sollten analog den erfolglosen Trainern die unfähigen Schulleiter gehen müssen, nicht die bewährten Lehrpersonen. Ein Umdenken ist den Schulpflegern und weiteren Schulbehörden im eigenen Interesse dringend anzuraten. Es wird einem angst und bange, wenn man die Prognosen sieht bezüglich Bedarf an Lehrpersonen in den nächsten Jahren. Die Zeit wird kommen, in welcher die Schulpräsidien froh sein müssen um jede Lehrerin und jeden Lehrer. Man wird sich glücklich schätzen, Lehrpersonen zu finden, die tagtäglich zuverlässig und begeistert in ihren Klassen tätig sind und über Jahre ausharren, auch wenn sie dann halt vielleicht auch einmal mehr Frontalunterricht erteilen, als progressiven Schulleitern lieb ist. Primär wird wieder die Gewährleistung eines guten, erfolgreichen Schulbetriebs sein und nicht mehr die Frage, ob der Prozentsatz von «selbst organisiertem Lernen» stimmt, ob «Lerninseln» eingeführt werden, ob «Entwicklungsschritte» sofort übernommen werden oder ob gar Schulhausumbauten à la Lehrplan 21 befürwortet werden.

Hans-Peter Köhli, Zürich

Anlässlich der Abstimmung über die Schulreformen ahnte kaum jemand, welche Folgen die Entscheide nachher für den Schulalltag bringen würden. Selbst die Lehrerschaft konnte sich die Auswirkungen eines Unterrichts nach Lehrplan 21 nur vage vorstellen, und die Eltern vertrauten leider den Versprechungen im Abstimmungskampf. Mittlerweile haben die Realitäten Einzug gehalten. An zahlreichen Orten gingen radikale Reformer ans Werk, die das bisher gute Schulsystem nach den Vorgaben von abgehobenen Bildungstheoretikern umzuformen, ja regelrecht umzustürzen begannen. Dass sich dagegen weit herum Opposition bildete, überrascht nicht. Viele Lehrerinnen und Lehrer erkannten bald die verheerenden Nachteile eines solchen Vorgehens, und sie sind auch nicht gewillt, sich

⁴ Nina Kolley: Das grosse Desinteresse, in: DIE ZEIT, 27.09.2018, S. 67



von übereifrigen und linientreuen Schulleitern zu blossen Coaches degradieren zu lassen. Höchst bedenklich ist nun, wie gewisse Schulpflegen die Lehrerschaft verunglimpfen, statt das eigenmächtige Schalten und Walten der Schulleitungen zu hinterfragen. Geradezu schäbig und wie vom hohen Ross herab wirkt das Gebaren einiger Behörden gegenüber ihrem Lehrpersonal, welches aufopfernd und treu jahrelang seine Dienste versah. Doch die Abrechnung kommt und ist bereits im Gange. Die Eltern vieler Sechstklässler versuchen mit allen Mitteln, ihre Kinder von einer heruntergefahrenen Volksschul-Oberstufe via Gymnasium oder Privatschule fernzuhalten, und zahlreiche Lehrerinnen und Lehrer nehmen den Hut und flüchten in Gemeinden mit vernünftigeren Aufsichtsgremien und Schulleitungen. Dort heisst man die abtrünnigen Lehrpersonen mit offenen Armen willkommen; angesichts des kommenden Lehrermangels ist man besonders froh um Zuzug. Was den Umgang all dieser gebildeten Leute miteinander betrifft, ist höchst befremdlich. Offenbar schützt höhere Bildung nicht vor höherer Aggressivität. Den Kindern würde man sagen: Schämt euch!

Bruno Pfister, Pfäffikon (SZ)

Wenn Lehrer den Schulen davonlaufen

St. Galler Tagblatt 5.7.2019, Ansichten, von Mario Andreotti

Was Kritiker der überstürzten Bildungsreformen schon längst vorausgesagt haben, ist nun eingetreten: ein Lehrer-mangel enormen Ausmasses, der Schulbehörden und Schulleiter immer häufiger zwingt, an unseren Volksschulen Personen in die Klassenzimmer zu holen, die sich entweder noch im Studium an einer Pädagogischen Hochschule befinden oder sonst wie weder fachlich noch pädagogisch-didaktisch genügend ausgebildet sind. Dabei werden für den sich zuspitzenden Lehrermangel von Seiten der Behörden und Bildungsexperten mehrheitlich Gründe genannt, welche die wahren Ursachen verschleiern. Es ist da von zu tiefen Einstiegsgehältern, von zu grossen Klassen, von steigenden Schülerzahlen und dergleichen mehr die Rede. Das mag ja alles stimmen.

Doch die eigentlichen Gründe für den Mangel an qualifizierten Lehrkräften, der nicht zufällig gerade heute akut geworden ist, liegen woanders. Das machen auch die sich in letzter Zeit häufenden Kündigungen von Lehrern deutlich. Die Schulen von Wigoltingen, Buttikon und Luberzen mit ihren «Massenkündigungen» dürften da nur die Spitze des Eisberges sein. Seit einiger Zeit brodeln es in verschiedenen Schulen, weil Schulbehörden, aber zunehmend auch Schulleiter den Lehrkräften in teilweise forscher Gangart neue, sich am Lehrplan 21 orientierende Lernkonzepte verordnen wollen.

Die Lehrer werden dazu in Weiterbildungskurse geschickt, um auf ihre neue Rolle als Coaches oder Lernbegleiter getrimmt zu werden. Als solche dürfen sie den Schülern, die jetzt Lernpartner heissen, nichts mehr erklären; diese sollen sich den Lernstoff selbst beibringen. Jeder hat für sich allein am Laptop oder Tablet-Computer und anhand von Arbeitsblättern die einzelnen Aufgaben zu lösen und am Schluss erst noch alles eigenhändig zu korrigieren. Die zu reinen Lernbegleitern degradierten Lehrer werden angehalten, nur noch einzelnen Schülern zu helfen, wenn diese Fragen haben.

Wer will unter solchen, nicht kindgerechten Voraussetzungen noch Lehrer sein? Und wie sollen Lehrer als souveräne Persönlichkeiten unterrichten können, wenn sie immer mehr am Gängelband selbstherrlicher Schulleiter und weltfremder Bürokraten tanzen müssen? Da taugen auch die teilweise abenteuerlichen Lösungsvorschläge zur Behebung des Lehrermangels – ein Verbot von Teilzeitarbeit und die Erhöhung des Pflichtpensums – kaum etwas. Es muss eine andere Lösung her. Neben attraktiveren Rahmenbedingungen,



zu denen unter anderem mehr Lohn, weniger Unterrichtsstunden sowie kleinere Klassen zählen mögen, muss sich die Unterrichtsform selber tiefgreifend ändern. Aus dem Lernatelier muss wieder ein Klassenzimmer, aus dem «selbstgesteuerten Lernen» ein Klassenunterricht und aus dem Lernbegleiter eine Lehrperson werden, die sich in der Beziehung zu ihren Schülern als vorbildliche Persönlichkeit souverän einbringen kann, ohne dauernd durch unergiebigere Evaluationen und fragwürdige Reformen von ihrem Kernauftrag abgelenkt zu werden. Nur so lässt sich wieder ein solides Bildungsfundament aufbauen.

Nicht zuletzt muss den Lehrerinnen und Lehrern von Seiten der Öffentlichkeit, vor allem der Eltern und der Schulbehörden, wieder jene Wertschätzung für ihre verantwortungsvolle Lehrtätigkeit und Erziehungsarbeit entgegengebracht werden, die heute viele zunehmend vermissen lassen. Das wären die besten Voraussetzungen, um weiterhin geeignete Frauen, aber auch Männer für den Lehrerberuf zu gewinnen und sie auch längerfristig in diesem Beruf zu halten – damit der Lehrermangel wieder der Vergangenheit angehört. Zum Wohle unserer Kinder.

Mario Andreotti, Dozent für neuere deutsche Literatur und Buchautor

Notlösungen an den Schulen

NZZ am Sonntag 30.6.2019, René Donzé

Schulleiter müssen zunehmend auf nicht qualifiziertes Personal zurückgreifen

Für Schulleiterin Sarah Knüsel ist es ein «schlechter Witz». Einer, der sich seit Jahren wiederholt: Im Frühling wird der Lehrermangel ausgerufen, im Sommer folgt die Entwarnung. So gibt sich das Zürcher Volksschulamt auch dieses Jahr zuversichtlich, «dass es im Kanton Zürich wieder gelingen wird, dass im neuen Schuljahr keine Klasse ohne Lehrer dasteht», wie Amtsleiterin Marion Völger sagt. Dies, obwohl noch rund 270 Stellen im Kanton Zürich ausgeschrieben sind.

«Selbstverständlich müssen wir für alle Kinder Lösungen finden», sagt Knüsel, die auch den Zürcher Schulleiterverband präsidiert. Die Frage sei bloss, wie diese aussähen. Tatsächlich werden Schulen immer kreativer. Oder verzweifelter. «Wir müssen nehmen, was kommt», ist der meistgehörte Satz, wenn man mit Schulleitern spricht. Jemand erzählt von einer Bewerberin, die er normalerweise nicht eingestellt hätte, da sie ihm zu labil erschien. Nun müsse das Lehrerteam diese neue Kollegin eben irgendwie mittragen. Knüsel sagt, manchmal würden bei der «Teampassung» Abstriche gemacht. Dann würden Personen eingestellt, «bei denen es sich abzeichnet, dass die Zusammenarbeit schwierig wird». Davon rät sie ab, weil sich so bloss Probleme verlagerten.

Die Qualität leidet

Zur Not werden in vielen Schulen auch Personen eingesetzt, die kein adäquates Diplom besitzen. Im Kanton Schaffhausen etwa wird eine Klasse von drei Studentinnen der Pädagogischen Hochschule geführt. In den Kantonen Bern und Zürich kann das Studium von drei auf vier Jahre verlängert und bereits in den letzten beiden Studienjahren unterrichtet werden. Bern hat über siebzig Pensionierte überzeugt, ins Schulzimmer zurückzukehren. Auch werden Personen aus dem Ausland eingesetzt. Knüsel inseriert ihre Stellen oft in Deutschland, mittlerweile ist ein Viertel des Teams deutsch.

Was vor allem zugenommen hat, sind Vikariate: Lehrpersonen, die für ein paar Monate einspringen – oft junge, urbane Lehrerinnen, die zwischendurch verreisen, oder



Wiedereinsteigerinnen. «Wie erkläre ich es den Eltern, wenn ihre Kinder alle paar Monate eine neue Lehrerin haben?», fragt Knüsel. Für sie ist klar: «So leidet die Qualität des Unterrichts.» So konnten nur rund zwei Drittel der Schulen im vergangenen Sommer durchwegs qualifiziertes Personal einstellen, wie eine Umfrage des Schulleiterverbands Schweiz ergab. Beim anderen Drittel fehlte teilweise die fachliche Qualifikation.

Besonders prekär ist die Situation in den Kindergärten. Sandra Altermatt hat für ihre Schule im zürcherischen Volketswil zwei Kindergärtnerinnen gesucht. Bewerbungen: keine. «Vor fünfzehn Jahren noch hatte ich pro Stelle etwa hundertzwanzig Interessentinnen.» Nun musste sie ihr ganzes privates Netzwerk aktivieren, bis sie eine Studentin fand, die für ein paar Monate einspringt. Auch konnte sie eine Kindergärtnerin überzeugen, trotz Pensionsalter weiter zu unterrichten.

Tausende Lehrer fehlen

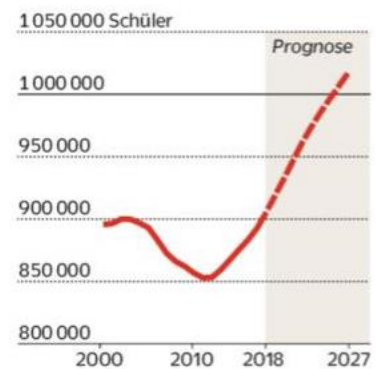
Im Stadtzürcher Schulkreis Glatttal werden gar zwei Kindergärten geschlossen und die Kinder auf andere Klassen verteilt. Klassenzusammenlegungen melden auch die Kantone Bern und Schaffhausen. Oberste Maxime: «Es wird alles unternommen, dass der den Schülerinnen und Schülern gesetzlich zugesicherte Unterricht auch stattfinden kann», sagt der Schaffhauser Erziehungsdirektor Christian Amsler.

So kommt es, dass trotz allem im neuen Schuljahr kein Kind ohne Lehrer dastehen wird. Das täuscht über das strukturelle Problem der Volksschule weg: Über kurz oder lang fehlen ihr Zehntausende Lehrkräfte. Erstens gehen in den nächsten Jahren viele Lehrer der Babyboomer-Generation in Pension, zweitens arbeiten jüngere Lehrerinnen vorwiegend Teilzeit und drittens gibt es immer mehr Schulkinder (Grafik). «Wir gehen davon aus, dass man pro Jahr rund 11000 Lehrpersonen ersetzen muss, weil sie entweder pensioniert werden, den Lehrberuf verlassen oder ihr Pensum reduzieren», sagt Bildungsökonom Stefan Wolter. Das Problem: Die Pädagogischen Hochschulen bilden jährlich bloss etwa 4000 neue Lehrerinnen aus. Der Rest müsse durch Wiedereintritte in den Beruf oder durch Pensumserhöhungen abgedeckt werden, sagt Wolter.

Für die Lehrerverbände ist die Situation günstig: Sie machen Druck für mehr Lohn und weniger Arbeitsbelastung. Teilweise mit Erfolg. Kürzlich erst glich der Kanton Schaffhausen den Lohn der Kindergärtnerinnen dem Primarlehrerlohn an. Auch in Zürich werden Massnahmen diskutiert. Hier sind die Kindergärtnerinnen trotz gleich langer Ausbildung tiefer eingestuft als Primarlehrerinnen – obwohl die Arbeit über die Jahre anspruchsvoller wurde. Bildungsdirektorin Silvia Steiner lässt nun die Situation an den Kindergärten untersuchen.

Bald über eine Million

Entwicklung der Schülerzahlen in der Schweiz (Kindergarten, Primarschulen, Sekundarstufe I)



Quelle: Bundesamt für Statistik

Vor den Ferien noch zum Psychiater

Tages-Anzeiger 29.6.2019, Zürich, Liliane Minor

Schule • Rückt das neue Schuljahr näher, geraten Kinder mit Problemen und ihre Eltern oft in Stress. Sie suchen zunehmend in der Psychiatrie Hilfe, weil sie sich von den Schulpsychologen zu wenig unterstützt fühlen.

Die Telefone in den psychiatrischen Ambulatorien laufen seit Wochen heiss, wie «20



Minuten» unlängst berichtete: Vor den Sommerferien suchen verzweifelte Eltern Hilfe, weil ihre Kinder Schwierigkeiten beim Lernen haben, weil sie wegen ihres Verhaltens in der Schule kaum mehr tragbar sind, weil sie in eine Sonderschule sollen. Recherchen des «Tages-Anzeigers» bestätigen das. Allein das kinder- und jugendpsychiatrische Ambulatorium Zürich Nord der Psychiatrischen Uniklinik verzeichnete im Mai 38 Anmeldungen, im März waren es noch 28. Noch deutlicher war der Anstieg letztes Jahr: 12 Anmeldungen im März, 32 im Mai.

Es ist ein Phänomen, das alle kinder- und jugendpsychiatrischen Kliniken kennen. Droht der Schuljahreswechsel, geraten Eltern von Kindern, die Probleme machen, in Panik. «Oft steht ein Wechsel in eine Sonderschulung an, die Eltern aber sind skeptisch und wünschen, dass das Kind in der Regelklasse bleibt», sagt Frederike Kienzle, Oberärztin am Ambulatorium Zürich Nord. «Dann erhoffen sie sich von uns eine Abklärung und die Bestätigung, dass ihr Kind das nicht braucht.» Denn mitunter zeige ein Kind nur in der Schule ein auffälliges Verhalten, nicht aber daheim. Auch Schulen würden vermehrt Kinder und Jugendliche, die Schwierigkeiten machen, für Abklärungen anmelden, weil sie nichts übersehen wollen oder glauben, «da ist doch was, das Kind hat doch was».

Langer Leidensweg

Fana Asefaw, Leiterin des kinder- und jugendpsychiatrischen Ambulatoriums der Clenia in Winterthur, kennt das. Auch sie verzeichnet mehr Anmeldungen vor den Sommerferien.

Neben jenen Eltern, die eine Sonderschulung vermeiden wollen, gebe es aber auch Mütter und Väter, die mithilfe der Psychiatrie einen Platz und die optimale Förderung für ihr Kind erzwingen wollen: «Es gibt Eltern, die sagen mir, o Gott, bald ist das Schuljahr zu Ende, und ich weiss noch immer nicht, wie es mit meinem Kind weitergeht.» Andere haben Angst, dass es auch in der Sonderschule versagt.

Meist haben die Familien bis dahin schon einen langen Leidensweg hinter sich. Zum Beispiel jene Eltern, die mit ihrem Kind unlängst bei Fana Asefaw im Ambulatorium standen. Schon im Kindergarten zeigte sich das Kind renitent, passte nicht auf, war ungehorsam, prügelte andere. Dennoch versuchte die Schule, das Kind so gut wie möglich zu integrieren, so, wie es das Gesetz verlangt. Doch die Lage spitzte sich über die Jahre immer mehr zu, bis das Kind in der dritten Klasse begann, mit Stühlen nach Mitschülern und Lehrern zu werfen.

Von einem Tag auf den anderen musste das Kind zu Hause bleiben. Ohne Sonderschulung sei das Kind nicht mehr tragbar, beschied die Schule den Eltern - und liess sie dann wochenlang auf eine Abklärung warten, denn ohne Abklärung gibt es keine Sonderschulung. Für die Eltern kam das völlig überraschend. «Zwar hatten sie zuvor immer wieder Schulgespräche, und man sagte ihnen, ihr Kind sei schwierig», sagt die Psychiaterin. «Aber niemand zeigte ihnen Lösungsmöglichkeiten. Dabei waren die Eltern selbst überfordert.» Nach den Sommerferien soll das Kind nun in eine Privatschule - die Eltern aber haben Angst, dass auch das nicht geht und dass sich die Lage zu Hause nicht bessert.

Solche Geschichten sehe sie immer wieder, sagt Asefaw: «Die Schulen versuchen über Monate, teilweise Jahre, die Kinder mitzutragen, bis es irgendwann eskaliert.» Das Problem ist aus ihrer Sicht häufig die Zusammenarbeit mit den Eltern, die sich sehr schwierig gestalten: «Oft braucht es auch eine Veränderung bei den Eltern, damit das Kind sein Verhalten ändert.» Dafür aber brauche es eine Zusammenarbeit mit Fachleuten wie Familienhelfern oder Psychotherapeuten. Asefaw betont, das sei keine pauschale Kritik an der integrativen Schulung. Aber ihr falle auf, dass manche Schulpsychologischen Dienste nicht rechtzeitig Hilfe anböten. Dann drohe die Situation auch zu Hause zu eskalieren: «Die Folge kann sein, dass das Kind sein Verhalten immer mehr verinnerlicht und intensiviert.» Ist die Krise dann akut, «wird alles an die Psychiatrie delegiert».



Oberärztin Kienzle beobachtet Ähnliches. Auch sie will die schulische Integration nicht schlechtreden: «Aber sie kann wahnsinnig viel Stress verursachen, wenn Eltern und Kind zum Beispiel immer wieder zu Gesprächen - teilweise mit unterschiedlichen Fachpersonen - aufgeboten werden, aber keine spürbare Hilfe erhalten.» Manchmal müssen Familien monatelang warten, bis sie vom Schulpsychologen oder vom Ambulatorium einen Termin erhalten.

Auch Eltern unterstützen

Nicht selten seien Verhaltensauffälligkeiten bei Kindern kein Ausdruck einer psychischen Krankheit, sondern davon, dass die Verhältnisse in den Familien desolat sind oder dass das Kind eine Lernbehinderung hat. Wenn nicht auch die Eltern Unterstützung erhalten, könne sie als Psychiaterin in solchen Fällen kaum helfen, sagt Kienzle: «Es bringt wenig, mit einem Kind einmal pro Woche Psychotherapie zu machen, wenn es daheim zu wenig Struktur hat oder wenn sich die Auffälligkeiten nur in der Schule zeigen.» Asefaw pflichtet dem bei: Es sei Sache der Schulpsychologischen Dienste, hier frühzeitig aktiv zu werden und eine Zusammenarbeit mit anderen Fachleuten anzustreben. Vor allem bei kleineren Diensten passiere das oft zu langsam und zu wenig konsequent.

Bigna Bernet ist Schulpsychologin und Co-Präsidentin der Vereinigten Schulpsychologinnen und Schulpsychologen des Kantons Zürich. Sie sagt, der Ansturm vor den Sommerferien betreffe keineswegs nur die psychiatrischen Ambulatorien: «Auch die Schulpsychologischen Dienste haben vor den Sommerferien mit mehr Notfällen und Krisen zu tun.» Und auch hier ist der Schuljahreswechsel spürbar, vor allem dann, wenn gleich zeitig ein Wechsel in die nächsthöhere Schulstufe ansteht oder die Frage nach einer Sonderschulung im Raum steht.

Die Kritik der Psychiaterinnen ist für Bernet zu einseitig und zu pauschal, in Einzelfällen aber nicht völlig unberechtigt: «Schulpsychologen und Schulpsychologinnen können viel dazu beitragen, dass es nicht zu Notfallübungen kommt. Aber dafür braucht es einen einfachen, schnellen Zugang und eine gute Zusammenarbeit mit den Schulen. Und das ist nicht überall der Fall.» Ein Problem liegt aus ihrer Sicht in der Gemeindeautonomie: Im Kanton Zürich sind die Gemeinden für die Schulpsychologischen Dienste zuständig, und es sei nicht gewährleistet, dass überall das umgesetzt wird, was den Familien und der Schule am meisten dient. Das erschwere auch die Zusammenarbeit mit den kinder- und jugendpsychiatrischen Diensten: «Wir sind von unserer Seite her aber daran, diese zu verbessern.»

Roland Käser, ein erfahrener Schulpsychologe, der in den letzten Jahren in verschiedenen Gemeinden als Springer im Einsatz war, teilt diese Einschätzung: «Die Möglichkeiten der Schulpsychologischen Dienste sind sehr unterschiedlich.» Budgets und Stellenpläne der Schulen seien eng: «Viele müssen zusehen, was mit den geschrumpften Angeboten überhaupt noch machbar ist.» Dem stehe der verständliche Anspruch der Eltern auf eine bestmögliche Förderung gegenüber: «Eltern und Kinder leiden manchmal absurd, wenn das Kind keine oder nicht genügend Therapien erhält.»

Vermisste Kleinklassen

Was die Sache aus Sicht von Käser und Bernet erschwert: Mit der integrativen Schulung sind die bisherigen Kleinklassen für Kinder mit Verhaltensproblemen oder Lernschwierigkeiten verschwunden. Heute erhalten die betroffenen Kinder während des normalen Unterrichts zwei bis drei Lektionen Unterstützung von einer heilpädagogischen Fachperson. Reicht das nicht, kommt als nächsthöhere Stufe die integrierte Sonderschulung zum Zug: Das Kind wird beispielsweise während sechs bis neun Lektionen in einer kleinen Gruppe gezielt gefördert. Führt auch das nicht zum Ziel, kann eine externe Sonderschule die einzige verbleibende Option sein.



Zwar sei es grundsätzlich richtig, dass die Schulen alles probierten, um jeden Buben und jedes Mädchen zu integrieren, sagt Bernet: «Aber wir würden uns mehr Handlungsspielraum und Zwischenformen wünschen.» Ohne Kleinklassen fehle zum Beispiel eine Möglichkeit, Kinder für eine gewisse Zeit ganztags in einer kleinen Gruppe innerhalb der Schule zu fördern. Käser sieht es ähnlich: «Manche Kinder fallen buchstäblich zwischen Stuhl und Bank, weil kein Angebot für sie passt.»

Solche Kinder sind es, die dann schliesslich in den psychiatrischen Ambulatorien landen.

Diversifizierung des Bildungswesens

Tages-Anzeiger 4.7.2019, Debatte, Leserbriefe zu «vor den Ferien noch zum Psychiater», TA vom 29.6.

Die Delegation von Schulproblemen an die Psychiatrie ist nur eines von vielen Symptomen, welche zeigen, dass das öffentliche Bildungssystem im Bemühen, allen Kindern gerecht zu werden, an deutliche Grenzen stösst. In diesem bildet heute die Sonderschule die einzige Alternative zur staatlichen Regelschule. Schulpsychologe Roland Käser bringt es auf den Punkt: «Manche Kinder fallen buchstäblich zwischen Stuhl und Bank, weil kein Angebot für sie passt.» Der Grund liegt in der sehr unterschiedlichen Entwicklung und Begabung der Kinder. Um den entsprechend unterschiedlichen Bildungsbedürfnissen der Kinder gerecht zu werden, braucht es dringend eine Diversifizierung des öffentlichen Bildungswesens unter Einbezug von nicht staatlichen Schulen und die Umsetzung des Menschenrechts der freien Bildungswahl durch die Eltern. Das konkrete Wohl der einzelnen Kinder sollte höher gewichtet werden als abstrakte staatspolitische Ideologien.

Erwin Ogg, Rapperswil-Jona

Die mentale Uniformierung

NZZ 5.7.2019, Zuschriften

«Wir müssen die Digitalisierung in unserem Land vorantreiben und dadurch die Bildungschancen vergrössern» und «Die Digitalisierung der Schulen garantiert einen Quantensprung im Bereich der Bildung», solche Äusserungen von Politikern im In- und Ausland stufen den Bildungsbegriff herunter auf das Niveau einer wertfreien Informationsvermittlung. Echte Fragen, wirkliche Anliegen, Empathie, lebendige Neugier erlöschen. Die Fragen der Kinder ertrinken schon in der Volksschule in einem Meer von Antworten auf nicht gestellte Fragen. Der Lehrplan 21 unterstützt, fördert und fordert präzise das, was zu der Realität geführt hat, die wir heute haben: Nivellierung, Ausbildung statt Bildung, Isolation des Einzelnen, Beschleunigung, Missachtung der individuellen Begabungen und Impulse, wahl- und masslose Informationen, Verhinderung eines stufenweisen Begreifens der Welt. Neu ist an diesem Lehrplan nichts. Er entspricht der postmodernen Hightech-Version des preussischen Kadettendrills. Der Zusammenhang zwischen den Tätigkeiten der Hände und der Entwicklung des Gehirns ist seit langer Zeit bekannt und belegt. «Die Hände sind das ausgestülpte Gehirn. Das Gehirn lernt das Begreifen von den Händen» (Hugo Kükelhaus).

Tatsache ist, dass eine Generation, die am Tablet zur Untätigkeit verdammt ist, nicht nur immer unfähiger wird, eigenständig zu denken und zu urteilen, also zu begreifen, sondern



auch zunehmend desinteressierter, phantasieloser, passiver, unglücklicher und offensichtlich gewaltbereiter. Kommende Generationen werden keine neuen Wege entdecken, wenn wir ihnen in den Schulen lediglich unsere starre, geist- und phantasielose, auf Sicherheit fixierte Art des Denkens anbieten. Die Überlegenheit des Möglichen über das Reelle muss immer spürbar bleiben. Das Reelle darf das Mögliche nicht so reduzieren, dass sich der Horizont schliesst.

Wenn das Können das Versuchen ablöst, erübrigt sich der Weg. Und wenn dieses Können auch noch von einer Maschine vollzogen wird, erübrigt sich der Mensch.

Urs Willi, Lehrer, Luzern

Ins Gymnasium – auf Biegen und Brechen

Tagblatt der Stadt Zürich, 3.7.2019, Aktuell, von Sacha Beuth

Besteht ihr Kind die Aufnahmeprüfung ins Gymnasium oder eine Mittelschule nicht, legen immer mehr Eltern im Kanton Zürich Rekurs bei der Bildungsdirektion ein. Die Chancen auf Erfolg sind jedoch gering – und lösen das eigentliche Problem nicht.

7704 Schülerinnen und Schüler sind dieses Jahr im Kanton Zürich zur Gymi-Aufnahmeprüfung angetreten, davon 2001 aus der Stadt Zürich. Aufnahme in eine Kantonsschule fanden hernach 3504 (Stadt Zürich: 935). Doch ist gut möglich, dass noch ein paar über den Rechtsweg hinzukommen werden. Immer häufiger legen nämlich Eltern Rekurs bei der Bildungsdirektion des Kantons Zürich ein, wenn ihre Kinder die Aufnahmeprüfung ins Gymnasium nicht bestanden haben. Gab es 2016 noch 41 entsprechende Rekurse, so stieg deren Zahl bis 2018 auf 85 und erreichte dieses Jahr bereits 89. «Bezogen auf die Anzahl nicht bestandener Prüfungen ist die Anfechtungsquote mit 1 bis 2 Prozent aber weiterhin sehr tief», erklärt Niklaus Schatzmann, Leiter Mittelschul- und Berufsbildungsamt bei der Bildungsdirektion des Kantons Zürich.

Bedingungen für alle gleich

Zudem sind die Chancen, dass ein Rekurs gutgeheissen wird, äusserst gering. Von den im Jahr 2018 eingegangenen Rekursen wurden beispielsweise nur deren 5 gutgeheissen. Eine Zahl, die Beat W. Zemp, Zentralpräsident des Dachverbands Lehrerinnen und Lehrer Schweiz LCH, nicht erstaunt: «Die Bedingungen sind bei den jeweiligen kantonalen Aufnahmeprüfungen für jeden Teilnehmer grundsätzlich gleich. Da etwas Gegenteiliges nachzuweisen, ist schwierig. Am ehesten hat man wohl Erfolg, wenn es technische Schwierigkeiten gab, etwa die Navigation der Prüfungssoftware nicht funktionierte.»

Warum aber ziehen Eltern trotz der geringen Aussichten alle Register, damit ihr Kind aufs Gymnasium kommt? «Das ist schwer abzuschätzen», sagt Schatzmann. «Wir beobachten jedoch, dass bei manchen Personen, die aus Ländern mit einer hohen Mittelschulquote zuwandern, das Verständnis für die Dualität unseres Bildungssystems – und damit auch für die Chancenvielfalt aller Abschlüsse – fehlt. Ob sich dies auf die Anzahl der Rekurse auswirkt, können wir jedoch nicht bestätigen.» Beat Zemp hat ähnliche Beobachtungen gemacht und hält dies darum für eine plausible Ursache. «Eltern ohne Kenntnis unseres Bildungssystems haben Angst, dass eine Berufslehre nicht genügt. Nur das Gymi ist für sie bzw. ihre Kinder gut genug.» Pasquale Russo, Präsident der Kantonalen Elternmitwirkungs-Organisation (KEO), geht sogar noch einen Schritt weiter. «Die wirtschaftlichen Veränderungen führen dazu, dass nur gutausgebildete Personen auch einen guten Lohn erhalten. Das wiederum führt dazu, dass nicht nur ausländische, sondern auch viele Schweizer Eltern auf Biegen und Brechen ihre Kinder an eine Kantonsschule bringen



wollen. Ich fürchte, dass wir uns deswegen eines nicht allzu fernen Tages vom dualen System verabschieden müssen.»

Den Druck wegnehmen und das duale Bildungssystem stärken wäre also – unabhängig von den Rekurszahlen – die Devise. Dies tut offenbar gerade in der Stadt Zürich not. Dort nahmen dieses Jahr 27 Prozent der berechtigten Schülerinnen und Schüler an einer Gymi-Aufnahmeprüfung teil. Damit weist Zürich hinter Meilen die zweithöchste Prüfungsquote im Kanton auf.

Lehrer wollen die Gymnasien entschlacken

NZZ am Sonntag 23.6.2019, Schweiz, René Donzé

Weniger Schulstoff, mehr Tiefe: Das verlangen die Gymilehrer von einem neuen Lehrplan. Auch die Unis würden das begrüßen. René Donzé

Derzeit brüten die wichtigsten Akteure der Schweizer Bildungslandschaft über der Frage, wie das Gymnasium der Zukunft ausschauen soll. Vor ihnen liegt eine knapp 100-seitige «Auslegeordnung zur Weiterentwicklung der gymnasialen Maturität». Erarbeitet wurde sie im Auftrag des Bundes und der Kantone. Nun können sich die wichtigsten Verbände dazu äussern. Es geht darum, was Gymnasiasten alles lernen sollen und was es für das Bestehen der Matura braucht.

Für Lucius Hartmann ist klar, wohin die Reise gehen soll: «Entweder muss die Gymizeit verlängert werden oder der Inhalt reduziert», sagt der Vizepräsident des Vereins Schweizerischer Gymnasiallehrerinnen und Gymnasiallehrer. Über Jahre seien die Ansprüche an die Mittelschulen stetig gewachsen, die Zeit, die zur Verfügung stehe, jedoch gesunken. In den letzten rund zwanzig Jahren wurden im Durchschnitt mindestens rund drei Prozent aller Lektionen abgebaut.

Gleichzeitig kamen laufend neue Inhalte dazu. Jüngstes Beispiel ist das Fach Informatik. Manchmal haben Gymnasiasten heute mehr als elf Fächer gleichzeitig, da bleibt für Vertiefung wenig Zeit. Auf der anderen Seite monieren Universitäten, dass die Maturanden zum Teil grundlegendste mathematische und sprachliche Fähigkeiten nicht beherrschten. Da ein längeres Gymnasium teuer wäre, kommt es im derzeitigen finanzpolitischen Umfeld kaum infrage. Daher bleibe wohl nur eins: «Wir müssen die Gymnasien entschlacken.»

In seiner Stellungnahme fordert der Gymilehrerverband darum: «Der Fächerkanon, die Wahlmöglichkeiten, die Gewichtung und Verteilung der Fächeranteile und die Bestehensnormen sind gezielt zu überdenken.» Fächer sollen zwar nicht gestrichen werden, aber anders gewichtet und allenfalls inhaltlich abgespeckt. Hartmann illustriert das am Beispiel der Mathematik. So seien an seinem Gymnasium von drei Themen (Stochastik, Analysis, Vektorgeometrie) nur zwei im vollen Umfang obligatorisch, während die Schüler selbst entscheiden können, ob sie das dritte auch noch vertiefen möchten.

Hier trifft sich die Haltung der Gymilehrer mit jener der Hochschulen. Michael Hengartner, Rektor der Uni Zürich und Präsident der Rektorenkonferenz, sagt: «Fachwissen, das über das für die Gesellschaftsreife Notwendige geht, ist Verhandlungssache.» Das Vorwissen in einem bestimmten Fach sei für den späteren Erfolg im Studium nicht matchentscheidend. Das zeige etwa das Studium der Rechtswissenschaften, das nicht auf einem gymnasialen Fach aufbaut. Wesentlich seien eher grundlegende Fähigkeiten wie mathematische und sprachliche Kompetenzen, Selbständigkeit, wissenschaftliche Arbeitstechniken, digitale Fertigkeiten. «Mir ist aber wichtig, dass die Maturanden in mindestens einem Bereich richtig in die Tiefe gegangen sind», sagt er.



Einig sind sich Hochschulen und Gymilehrer darin, dass die Matur überdacht werden muss. Heute ist es möglich, eine ungenügende Note in Mathematik mit guten Leistungen in anderen Fächern zu kompensieren. Bereits vor mehreren Jahren hat der damalige Bildungsminister Johann Schneider-Ammann eine Anpassung der Matura gefordert. Dies war einer der Auslöser für das nun laufende Reformprojekt.

Die Forderungen Schneider-Ammanns, aber auch jene der Gymilehrer und der Hochschulen, werden im Bericht aufgenommen, der den Gymnasien grundsätzlich gute Qualität bescheinigt. Die Arbeitsgruppe listet auch alternative Modelle der Bestehensnormen auf. Zudem schlägt sie vor, den Rahmenlehrplan zu erneuern, der für alle Maturitätsschulen gilt. Heute ist er allgemein gehalten, künftig solle er fachliche Ziele und Inhalte klarer formulieren und vergleichbare Anforderungen für alle Maturanden festlegen. Was von diesen Vorschlägen übrig bleibt, wird sich zeigen: Im Herbst entscheiden Bildungsminister Guy Parmelin und die Erziehungsdirektoren, welche Projekte in Angriff genommen werden.